

Zur europäischen Dimension der politischen Bildung

Wer sich heute zur "europäischen Dimension" der politischen Bildung äußern will,* wird kaum damit rechnen können, in einer breiten Öffentlichkeit auf großes Interesse zu stoßen. In der politischen Öffentlichkeit ist von der Europabegeisterung der Nachkriegszeit kaum noch etwas zu spüren; "Europa" ist für viele Bürger heute eine ferne Bürokratie, die mit schwer durchschaubaren, dem Laien gelegentlich grotesk erscheinenden Problem zu kämpfen hat. In der Schule gilt Europa gemeinhin als schwieriges Thema, das nicht selten in die letzten Schuljahre verbannt und unter dem Stichwort "internationale Beziehungen" mehr schlecht als recht abgehandelt wird. Es gibt wenig Anlaß zu der Annahme, daß die "große Besorgnis", mit der die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einer Stellungnahme aus dem Jahr 1978 den sachlich und didaktisch unbefriedigenden Zustand der europäischen Bildung in den europäischen Schulen beobachtete (vgl. Lit. 6), heute weniger angebracht wäre. So kommt beispielsweise für die Bundesrepublik eine Lehrplananalyse aus dem Jahr 1981 zu dem Ergebnis, daß in der Mehrzahl der Lehrpläne "die Integrationsthematik höchst unsystematisch über Fächer und Schulstufen verstreut angesiedelt ist" und daß "die Darbietung des Themenbereichs häufig politikwissenschaftlichen und didaktischen Anforderungen nicht gerecht" wird (Lit. 4, S. 14). Aber auch für die Politische Didaktik, also für den Bereich der pädagogischen Theoriebildung, den das Problem einer europäischen Bildung zuallererst angeht, wird man sagen müssen, daß die Beschäftigung mit europäischen Aspekten der politischen Bildung ein Thema ist, das zwar von einer kleinen Zahl von Theoretikern engagiert bearbeitet und vertreten wird, das aber insgesamt doch eher am Rande der didaktischen Diskussion angesiedelt ist.

Es ist mehr als eine rhetorische Pflichtübung im Europawahljahr, wenn ich die Ansicht vertrete, daß diese Randstellung der europäischen Thematik nicht nur ihrer Bedeutung nicht

gerecht wird, sondern in einem fundamentalen Sinne unserer historischen Situation unangemessen ist. Mir scheint, daß Theorie und Praxis der politischen Bildung ohne eine Reflexion ihrer europäischen Dimension heute schwerlich sachgerecht konzipiert werden können. Diese europäische Dimension ist für die politische Bildung unter zwei, miteinander verbundenen, Aspekten von Bedeutung:

1. Die grundlegenden konzeptionellen Probleme einer demokratischen politischen Bildung und ihrer Institutionalisierung in den Schulen stellen sich in den westeuropäischen Ländern in vergleichbarer Weise. Dies schlägt sich in vergleichbaren Entwicklungstendenzen der politischen Bildung in Westeuropa nieder.

2. Eine Vielzahl von zentralen Unterrichtsthemen für politische Bildung läßt sich ohne die Berücksichtigung des europäischen Kontextes nicht mehr sachgerecht im Unterricht erörtern. Die europäische Dimension muß daher auch für die inhaltliche Gestaltung des politischen Unterrichts als ein konstitutives Element betrachtet werden.

Ich muß mich im folgenden aus Zeitgründen darauf beschränken, Ihnen lediglich einige kursorische Hinweise zu beiden Aspekten zu geben. Ferner möchte ich einige kurze Bemerkungen zu einer Europäisierung der politischen Bildung machen, die ich als Konsequenz aus ihrer europäischen Dimension für erforderlich halte.

Ein Blick auf die jüngere Geschichte der politischen Bildung in den westeuropäischen Ländern ergibt, daß trotz aller Unterschiede in den gesellschaftlich-politischen Strukturen und in den Erziehungssystemen gemeinsame Merkmale im Entwicklungsprozeß der politischen Bildung festzustellen sind. So hat es in den sechziger und siebziger Jahren in den meisten westeuropäischen Ländern - wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg - den Versuch gegeben, ein selbstständiges Unterrichtsfach der politischen Bildung in der Schule neu zu etablieren oder traditionell etablierte Fächer mit der Perspektive einer demokratischen politischen Bildung didak-

tisch neu zu konzipieren. Die Einsicht, daß Politik Lehrgegenstand der Schule sein muß, weil die Schüler nicht als Demokraten geboren werden und weil demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen in Lernprozessen vermittelt werden müssen, führte zur Forderung nach einem politischen Unterricht, der nicht länger als Anhängsel des Geschichtsunterrichts betrachtet oder auf moralische Appelle und institutionenkundliche Kurse beschränkt werden kann. Dieses Interesse für die politische Bildung wurde durch eine Reihe von Entwicklungen begünstigt bzw. ausgelöst, die - wiederum in unterschiedlicher Weise und Intensität - in den westeuropäischen Gesellschaften zu beobachten waren. Hier ist zunächst eine allgemeine Tendenz zur Liberalisierung und demokratischen Öffnung der politischen Systeme zu nennen. In Griechenland, Portugal und Spanien gelang es, Diktaturen zu überwinden. In anderen Ländern stießen, begünstigt durch neue soziale Bewegungen wie etwa die Studentenbewegung der sechziger Jahre, partizipatorische Demokratievorstellungen auf ein breites Interesse. Im Bereich der Wissenschaften konnten sich die Sozialwissenschaften als relativ junge Disziplinen etablieren bzw. ihre Position ausbauen. Mit der politischen Sozialisationsforschung wurde die weit verbreitete Vorstellung überwunden, daß Kinder in einem politisch unberührten Raum aufwachsen können und daß Politik eine Angelegenheit sei, die erst für Erwachsene von Bedeutung ist. Ferner dürfte die Senkung des Wahlalters bei gleichzeitiger Verlängerung der Schulzeit für eine größere Zahl von Schülern dazu beigetragen haben, das Bewußtsein für die Notwendigkeit politischer Bildung in den Schulen zu schärfen.

Dennoch ist es nur in sehr begrenztem Umfang gelungen, die politische Bildung in den Curricula der europäischen Schulen angemessen zu verankern. Verglichen mit traditionell etablierten Fächern wie etwa den Naturwissenschaften oder den Sprachen spielt die politische Bildung wohl in allen westeuropäischen Ländern eher eine marginale Rolle. So sind beispielsweise in England entsprechende Kurse zumeist nicht prüfungsrelevant; in Frankreich wird der politische Unterricht in der Regel

von Geschichtslehrern erteilt, die über keine entsprechende Ausbildung verfügen; in der Bundesrepublik sind die meisten Länder noch weit von der Minimalanforderung entfernt, den Politikunterricht wenigstens ab der Sekundarstufe I durchgängig mit mindestens zwei Wochenstunden in den Stundentafeln zu verankern.

Erschwerend kommt hinzu, daß zu Beginn der achtziger Jahre in den meisten westeuropäischen Ländern der relative Aufschwung der politischen Bildung wieder stagniert. Dies dürfte zum einen daran liegen, daß die politische Bildung mit wachsender Verbreitung in den Schulen in vielen Ländern zugleich in die politische Kontroverse geraten ist. Insbesondere in konservativen Kreisen ist die Befürchtung, hier solle durch die Hintertür politische Indoktrination in den Schulen etabliert werden, noch immer virulent. Ferner ist die politische Bildung als junges und noch wenig gefestigtes Fach von den Sparmaßnahmen im Gefolge der wirtschaftlichen Rezession und der sinkenden Schülerzahlen in besonderem Maße betroffen.

Diese strukturell gemeinsame Problemlage legt die Forderung nach einer verstärkten internationalen Kooperation in der weiteren Theorieentwicklung der politischen Bildung nahe. Grundlegende didaktische Probleme politischer Bildung wie die Fragen nach den leitenden Zielen und Wertvorstellungen, nach der Widerspiegelung gesellschaftlich-politischer Pluralität im Unterricht, nach dem Verhältnis von Konflikt und Konsens, nach den Auswahlkriterien für Lerninhalte und nach der methodischen Struktur des Unterrichts stellen sich in modernen demokratischen Gesellschaften in prinzipiell gleicher Weise. Aber auch die Probleme, die sich bei der praktischen Durchsetzung und Institutionalisierung der politischen Bildung in den Schulen ergeben, sind, wie ich anzudeuten versucht habe, eng mit übernationalen gesellschaftlich-politischen Entwicklungen verbunden.

Der zweite Aspekt der europäischen Dimension politischer Bildung betrifft das Problem der Lerngegenstände. Wesentliche Lerninhalte für politische Bildung lassen sich heute nicht mehr ausschließlich auf den nationalstaatlichen Rahmen beziehen. Die europäi-

sche Dimension des politischen Unterrichts kann daher nicht auf eine Unterrichtseinheit zum Thema "Europa" oder gar "Die Europäische Gemeinschaft" beschränkt werden. Themenbereiche wie Friedenspolitik, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt, Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik, nationale Minderheiten und multikulturelle Gesellschaft, Umweltpolitik, übernationale Zusammenhänge und Perspektiven einer europäischen Einigung in Ost- und Westeuropa überschreiten von ihrer Sachstruktur her die nationalstaatliche Ebene. Die europäische Thematik ist daher kein Randgebiet, sondern muß als ein zentraler, an verschiedenen Themen immer neu anzusprechender Inhaltsbereich politischer Bildung verstanden werden.

Da auch dies grundsätzlich für die politische Bildung in allen westeuropäischen Ländern gilt, sollte eine internationale Kooperation bei der didaktischen Planung solcher Themenbereiche angestrebt werden, die nur im europäischen Kontext sinnvoll diskutiert werden können. Sinnvoll ist der politischen Bildung würde dann nicht allein die Beachtung des europäischen Zusammenhangs bestimmter Themen meinen, sondern wäre darüber hinaus der Versuch, bei zentralen Inhaltsbereichen politischer Bildung zu übernationalen Gemeinsamkeiten im konkreten Unterricht zu kommen.

Eine solche Europäisierung des Unterrichts hat jedoch nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn den inner- und zwischenstaatlichen Differenzen im Bereich der Europapolitik Rechnung getragen wird. Eine europäische politische Bildung kann nicht auf eine bestimmte europapolitische Konzeption, etwa auf die der westeuropäischen Integration im Rahmen der EG, festgelegt werden. Ob und in welcher Weise im Europa der Zukunft die Nationalstaaten fortbestehen sollen, ob die Zukunft Europas in der Regionalisierung, der Föderalisierung oder in einem Einheitsstaat liegt, wie eine dauerhafte Friedensordnung für Europa aussehen kann, ob und wie die Blockgrenzen zwischen Ost- und Westeuropa überwunden werden können, welche wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen für die Zukunft Europas

erforderlich sind - Fragen dieser Art dürfen nicht vorweg entschieden, sondern müssen im Unterricht kontrovers erörtert und letztlich einer begründeten Urteilsbildung der Schüler überlassen werden. Das "Überwältigungsverbot" gilt auch für die europäische Dimension der politischen Bildung, es gilt hier sogar in besonderem Maße, weil es Voraussetzung ist für die Möglichkeit einer internationalen Kooperation in diesem Bereich.

Konkrete Fortschritte in Richtung auf eine solche Europäisierung der politischen Bildung dürften nur zu erwarten sein, wenn Engagement in diesem Feld nicht in erster Linie von europäischen Institutionen erwartet, sondern von den in der politischen Bildungsarbeit Tätigen selbst erbracht wird. Nicht nur aus Gründen mangelnder rechtlicher Kompetenz, sondern aus prinzipiellen Gründen, die ich hier nicht zu erläutern brauche, können curriculare Fragen auf absehbare Zeit besser auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene als auf der Ebene europäischer Institutionen entschieden werden. Dies schließt nicht aus, daß diese Institutionen Bemühungen um eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der politischen Bildung wirksam fördern können; vorrangig muß aber eine Europäisierung der politischen Bildung "von unten" angestrebt werden. Ich sehe hierfür vor allem auf drei Ebenen mögliche Ansatzpunkte:

1. Der Meinungsaustausch und die inhaltliche Kooperation zwischen den Theoretikern der politischen Bildung aus verschiedenen Ländern muß intensiviert werden. Die in anderen Wissenschaftsdisziplinen längst selbstverständlich gewordene Internationalisierung des Forschungsprozesses steckt in der Politischen Didaktik noch in den Kinderschuhen. Erforderlich ist insbesondere die kooperative Erarbeitung exemplarischer Unterrichtseinheiten und Unterrichtshilfen für europäische Themen. Man darf in diesem Zusammenhang mit großem Interesse dem europäischen Schulgeschichtsbuch entgegensehen, das vom Georg Eckert-Institut in Braunschweig in Zusammenarbeit mit Historikern aus verschiedenen europäischen Ländern erarbeitet wird. Es wäre zu wünschen, daß dieses Projekt den Anstoß für ähnliche Vorhaben im Bereich der politischen Bildung geben könnte.

2. Die Ansätze für eine internationale Zusammenarbeit von Lehrern für politische Bildung im Rahmen von Tagungen und Seminaren sollten verstärkt gefördert werden. Hierbei sollte jedoch nicht nur an die bisherigen Träger wie etwa die Europäischen Akademien und den Europäischen Erzieherbund gedacht werden, die schon jetzt in diesem Feld engagierte Arbeit leisten. Denkbar wäre beispielsweise auch, daß im Rahmen von Städtepartnerschaften Initiativen für eine Kooperation von Politiklehrern ergriffen und diese Partnerschaften so in einem wichtigen Bereich mit Leben erfüllt werden.

3. Wünschenswert wäre schließlich die Kooperation von einzelnen Schulen oder auch von einzelnen Klassen mit Schulen bzw. Klassen in anderen europäischen Ländern. Hier könnte beispielsweise daran gedacht werden, Schüleraustausch, wechselseitige Besuche und Klassenfahrten mit gemeinsamen politischen Lernvorhaben zu verbinden.

Ansätze dieser Art sind mögliche Schritte auf dem Weg zur Europäisierung der politischen Bildung. Daß dies ein langer Weg ist, steht außer Zweifel. Dennoch sind größere und engagiertere Schritte auf diesem Weg dringlich vonnöten, wenn die politische Bildung ihrem historisch-politischen Umfeld gerecht werden will.

* Es handelt sich bei diesem Text um die unveränderte Wiedergabe eines Referats im Rahmen des 2. Bundeskongresses für politische Bildung vom 23. - 25. 2. 1984 in Berlin

Literaturhinweise

1. Winfried Böttcher: Die west-europäische Integration in Schulbüchern der BRD. In: Gegenwartskunde 4/1976
2. Kurt Gerhard Fischer: Über die Möglichkeiten einer "Europäisierung" der Politischen Bildung an Europas Schulen. In: Politische Didaktik, Probeheft, Stuttgart 1975
3. Carmen Fuente/Mercedes Menoz-Repi-so: Preparation for Life in five Countries in Southern Europe (Greece, Italy, Malta, Portugal and Spain). Hrsg. vom Council of Europe, Straßburg 1981

4. Margret Grosjean/Günter Renner: Die europäische Integration in den Rahmenplänen für Unterricht der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. I, Berlin 1981
5. Derek Heater/Judith A. Gillespie (Hrsg.): Political Education in Flux. London and Beverly Hills 1981
6. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Unterricht mit europäischen Bildungsinhalten: Die Europäische Gemeinschaft als Unterrichtsgegenstand an den Schulen der Mitgliedsstaaten. Mitteilung der Kommission an den Rat, KOM (78), 241 endg., Brüssel 1978
7. Lernziel: Der mündige Bürger. Politische Bildung in den Schulen der zehn EG-Mitgliedsländer. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. V, Berlin 1982
8. Ian Lister: Why is Civic Education necessary? Hrsg. vom Council of Europe, Straßburg 1981
9. Wolfgang W. Mickel: Europa im Unterricht. In: aus politik und zeitgeschichte, B 3/1979